

Denkwürdigkeiten



Journal der
Politisch-
Militärischen
Gesellschaft

Nr. 73
Mai
2011

Herausgegeben vom Vorstand
der Politisch-Militärischen Gesell-
schaft e.V. (pmg) in Berlin

ISSN 1436-3070

LEADOFF

Liebe Mitglieder,

mit den neuen Verteidigungspolitischen Richtlinien (VPR) erhält die Neuausrichtung der Bundeswehr ein Pflichtenheft, das es nun in der Konzeption der Bundeswehr und zahlreichen weiteren konzeptionellen Papieren und Entscheidungen zu operationalisieren und zu konkretisieren gilt. Die beiden Leitfragen – 1. Was wollen wir können? und 2. Was können wir wollen? – helfen den Kurs vernünftig zu stecken.

Dass die Bundeswehr ihre Hausaufgaben macht ist notwendig, aber nicht hinreichend. Unter dem ressortübergreifenden Ansatz der Vernetzten Sicherheit sind nicht nur vielschichtige Konsequenzen innerhalb der Bundeswehr zu ziehen. Dies verdeutlichen die Beiträge dieser Denkwürdigkeiten. So verdienstvoll sie sein mögen – noch hängen die VPR in der Luft, denn es gibt kein gesamtstaatliches Sicherheitskonzept, an das sie anknüpfen können. Dies ist ein wesentlicher Mangel – ein Mangel der sich beheben ließe.

Ralph Thiele, Vorstandsvorsitzender

In dieser Ausgabe

1 Für eine sicherheitspolitische Begründung der Bundeswehr

Dr. Christian Mölling

4 Energiesicherheit vernetzen

Dr. Caroline Mükusch

7 Entwicklungspolitik als Erweiterte Kooperations- und Sicherheitspolitik

Prof. em. Dr. Dieter Weiss

THEMEN

Für eine sicherheitspolitische Begründung der Bundeswehr

Zehn Punkte für die Reform der Reform

Die Kosten für die Bundeswehr entsprechen 2011 zwei Dritteln der Nettoneuverschuldung des Bundes: 32,1 Mrd. Euro. Unklar aber bleibt, wozu diese Armee notwendig ist. Mit der Strukturreform erhält Deutschland die Chance, die Existenz der Bundeswehr nach dem Ende des Kalten Krieges sicherheitspolitisch neu zu begründen. Bislang wurde die Reform jedoch vor allem vom Sparzwang diktiert. Transparent sind weder die Kriterien für die Festlegung der Mannstärke auf etwa 185 000 noch für die Bezifferung des Sparvolumens auf 8,4 Mrd. Euro bis 2015. Am Ende eines solchen Reformkurses könnte Deutschland mit einer billigeren Armee dastehen, die aber den gegenwärtigen und zukünftigen sicherheitspolitischen Herausforderungen im Einsatz wie im Heimatland immer noch nicht gewachsen ist. Um das zu verhindern, muss die Reform die Bundeswehr in ein gesamtstaatliches Sicherheitskonzept einbinden, dessen Prioritäten für Gesellschaft, Politik und internationale Partner verständlich sind. Zudem muss die Armee militärisch effektiver und ökonomisch angemessener ausgestattet werden.

Seit dem Ende des Kalten Krieges vermeidet es die deutsche Politik, über die strategischen Grundlagen deutscher Sicherheitspolitik und die Legitimation der Bundeswehr zu diskutieren. Afghanistan offenbart den Teufelskreis von fehlender Debatte sicherheitspolitischer Ziele, unklarer Effektivität des Militäreinsatzes und sinkender Unterstützung der Bevölkerung für Politik und Militär.

Zudem wird das sicherheitspolitische Leitbild Deutschlands, der ressortübergreifende Ansatz, bislang unzureichend umgesetzt. So bleibt der Anspruch umfassender Sicherheitspolitik ohne praktische Relevanz. Schließlich vernachlässigt deutsche Militär- und Rüstungspolitik internationale Partner,

globale Risiken und die Auswirkungen der Finanzkrise.

Die Krise hat schlagartig den Druck auf den chronisch unterdimensionierten Verteidigungshaushalt erhöht. So wurde die derzeitige Reform erst ausgelöst. Doch die bisherigen Maßnahmen und die neu belebte Diskussion um eine Reformagenda für die Bundeswehr verfehlen den sicherheitspolitischen Kern. Stattdessen dominieren Wehrform- und Standortdebatten.

Deshalb bedarf diese Reform einer Reform. Durch sie müssen die sicherheitspolitische Rolle der Bundeswehr und ihre militärische Beschaffenheit geklärt, die Armee auf eine solide ökonomische Basis gestellt und Parlament und Zivilgesellschaft in den Reformprozess einbezogen werden. Zehn Punkte können dabei Orientierung geben.

1. Reformprozess durchdacht fortsetzen. Dem Verteidigungsministerium bleiben viele Spielräume für eine Reform erhalten. Bislang hat kein Akteur sicherheitspolitische Kriterien als Maßstab für die Reform abgelehnt. Solche Kriterien sollten deshalb die weitere Planung und Implementierung leiten, statt vornehmlich bei den vorzufindenden Bausteinen anzusetzen. Eine durchdachte Planung aus einem Guss braucht Zeit und kann sich nicht an politische Kalender halten.

2. Nationales Sicherheitskonzept. In einem Sicherheitskonzept wird erklärt, für welche Ziele Deutschland seine sicherheitspolitischen Instrumente einsetzt und wofür im Härtefall deutsche Soldaten sterben. Dieser eigene sicherheitspolitische Ansatz erlaubt es, deutsche Prioritäten international einzubringen, etwa in EU, Nato und VN. Er begründet Verantwortungsübernahme in den Bereichen und in der Art, wie Deutschland sie versteht. Multilaterale Strukturen verlieren so keineswegs an Wert – im Gegenteil. Ihre Bedeutung wird sogar unterstrichen, denn nur mit ihnen können deutsche Ziele wie Prävention und Frieden erreicht werden. Ein Sicherheitskonzept leitet sich aus drei Fragekomplexen ab:

1. Welchen Risiken und Chancen steht Deutschland künftig gegenüber? Welche Rolle spielt es in der Welt und welche sicherheitspolitische Verantwortung ergibt sich daraus?
2. Wie will Deutschland diesen Risiken, Chancen und Verpflichtungen begegnen und welche Rolle soll die Bundeswehr dabei spielen?
3. Welche militärischen Fähigkeiten sind am besten geeignet, der Politik die benötigten Optionen bereitzustellen? Referenzpunkt ist dabei der politische Auftrag der Bundeswehr, nicht der aktuelle Einsatz.

3. Eckpunkte der deutschen sicherheitspolitischen Ausrichtung. Sicherheitspolitische Konstanten und gravierende Veränderungen müssen sich in der neuen Bundeswehr widerspiegeln. Die Bandbreite der Einsatzszenarien wird nicht geringer werden. Auch wenn Stabilisierungsoperationen im Vordergrund stehen dürften, kann der Bündnisfall nicht ausgeschlossen werden. Neue Risiken wie Cyberangriffe müssen auf ihre Sicherheitsrelevanz überprüft werden.

Politische Größe und Wirtschaftskraft bedeuten Interesse und Verantwortung. Als drittgrößte Handelsnation der Welt und wichtigste Wirtschaftsmacht Europas ist Deutschland interessiert an freiem Handel. Als Mitglied im VN-Sicherheitsrat will Deutschland das Konfliktmanagement verbessern. Interesse und Verantwortung kann man gleichermaßen nachgehen, wenn man etwa die Handelswege wie im Falle der Piraterie vor Somalia kurzfristig über Marinebeiträge und nachhaltig über die Behebung von Konfliktsachen sichert.

Aus der Mitgliedschaft in EU, Nato und VN resultieren de facto gemeinsame Aufträge. Hierzu wird Deutschland einen verlässlichen, seiner politischen Größe und Wirtschaftskraft entsprechenden Beitrag leisten wollen.

4. Ressortübergreifender Ansatz: Reform über die Bundeswehr hinaus. Der ressortübergreifende Ansatz in der Sicherheitspo-

litik verlangt eine Reform über die Grenzen des Verteidigungsministeriums hinaus. Damit entsteht auch die Chance, diesen Ansatz auszubauen. Die Bundeswehr soll integraler Bestandteil des deutschen Sicherheitsinstrumentariums sein. Dafür müssen Kooperationskonzepte in Regierung und Verwaltung angepasst werden. Das heißt, dass ein neues Sicherheitskonzept von den relevanten Ministerien (Auswärtiges, Innen, Entwicklung und andere) mitentwickelt und mitgetragen werden muss. Dabei müssten die ideologisch gefärbten Konzepte unterschiedlicher Regierungen und Akteursgruppen (vernetzte Sicherheit und zivile Krisenprävention) in ein konsistentes Verhältnis zueinander gesetzt werden. Das Ressortprinzip müsste gelockert werden. Zunächst aber sollten die Erfahrungen mit dem ressortübergreifenden Ansatz ausgewertet werden. Die Ressorts sollten schon bei der Risikoanalyse gemeinsame sicherheitspolitische Instrumente entwickeln, also weit vor der Missionsplanung. Dafür empfehlen sich integrierte, ständige Planungsstäbe.

5. Strategieprozesse gestalten und verstetigen. Deutschland sollte den politischen Prozess, der seine Sicherheitskonzeption und den Auftrag der Bundeswehr definiert, selbst gestalten, statt sich von welthistorischen Ereignissen oder überbordendem Reformdruck treiben zu lassen. Getragen werden muss der Prozess von der organisierten Öffentlichkeit, also Wissenschaft, Parteien, Kirchen und anderen gesellschaftlichen Gruppen, denn sicherheitspolitische Eliten und Debatten gibt es kaum. Eine alltäglich wahrnehmbare sicherheitspolitische Kultur wird sich erst langfristig bilden und nur über Anreize zur regelmäßigen Auseinandersetzung. Dazu könnte ein von der Regierung organisierter Prozess zur Erstellung eines Sicherheitskonzepts dienen. Frankreich, Großbritannien und die Schweiz bieten Anhaltspunkte dafür, wie Strategieprozesse erfolgreich ressortübergreifend und partizipatorisch gestaltet werden können.

Dieser Strategieprozess sollte regelmäßig (alle vier Jahre) wiederholt werden. Einerseits ändern sich die sicherheitspolitischen Determinanten schneller als im Kalten Krieg, andererseits erhalten tagespolitische Ereignisse weniger Einfluss.

6. Parlament und Öffentlichkeit beteiligen. Das Parlament sollte bei der Reform aktiv durch eigene Entwürfe mitwirken. Die Implementierung der Reform ist zwar Aufgabe des Verteidigungsministeriums, ihre Begleitung und Bewertung gehören jedoch in die Öffentlichkeit. Hier muss das Parlament seine Verantwortung gegenüber Steuerzahlern und Soldaten wahrnehmen.

Ministerium und Regierung sind an einem starken Partner interessiert. Wenn das Parlament über den Einsatz der Bundeswehr entscheidet, sollte es auch bei ihrer Gestaltung Gehör finden können. Diese Einbindung kann gewährleisten, dass Möglichkeiten und Grenzen von Streitkräften und die Rolle des Parlamentes jedem schon vor der Entsendung klar sind.

Es ist im Interesse der Politik, das Thema Bundeswehreinsätze durch öffentliche Diskussion zu entschärfen, statt durch Tabuisierung Risiken zu erzeugen. Ein Auftrag, der nicht von der Gesellschaft mitgetragen wird, nimmt den Einsatzkräften die Moral und der Bundeswehr die politische Zustimmung. Wird die Bevölkerung für das „Produkt“ Sicherheit sensibilisiert, dürfte die sicherheitspolitische Meinung weniger stark schwanken und damit die Parteien weniger erpressbar werden, etwa bei Mandatsverlängerungen. Mehr Verlässlichkeit und Transparenz deutscher Entscheidungen könnten auch die internationale Skepsis gegenüber dem Parlamentsvorbehalt reduzieren.

7. Mit EU und Nato koordinieren. Es ist ökonomisch wie sicherheitspolitisch geboten, die Reform mit den Partnern bei EU und Nato zu koordinieren. Deutschland ist Teil einer Sicherheitsgemeinschaft, also sollten Einschnitte in die Substanz der Bundeswehr nur

in Abstimmung stattfinden. Besonders weil Partner wie Großbritannien und Frankreich ihre Streitkräfte ebenfalls restrukturieren, darf die Komplementarität der verbleibenden europäischen Fähigkeiten nicht aus den Augen verloren werden.

Bislang hinkten Beratungen und Entscheidungen in Nato und EU den nationalen Reformplänen und Maßnahmen hinterher. Erst spät und mit wenigen greifbaren Ergebnissen wurden bilateral und auf Ebene von Nato und EU Initiativen gestartet. Die Reform der Reform eröffnet Deutschland die Chance, die nationale Ebene mit den internationalen Prozessen zu synchronisieren und eine Vorreiterrolle bei der Abstimmung zu übernehmen.

8. Zukunftsfähige militärische Fähigkeiten. Die Bundeswehr wird zwar noch einige Zeit in Afghanistan gebunden sein, doch schon heute muss sie sich auf die Zeit nach Afghanistan vorbereiten. Sie wird Fähigkeiten für ein breiteres Aufgabenspektrum benötigen. Hinweise für dessen Gestaltung ergeben sich aus eigenen sicherheitspolitischen Überlegungen, den Konzepten von Nato und EU sowie aktuellen Entwicklungen.

Für eine kleinere Armee, die wohl verstärkt im Konfliktspektrum niedriger bis mittlerer Intensität operieren wird, bleiben Durchhaltefähigkeit, Mobilität und Flexibilität zentrale Fähigkeiten. Die neue Streitkräftestruktur muss diese generieren können. Daneben verpflichtet das neue Nato-Konzept Deutschland, über seinen Beitrag zur Bündnisverteidigung nachzudenken.

Allen Sparzwängen zum Trotz ist klar, dass Deutschland seine militärischen Kapazitäten nicht uneingeschränkt verkleinern kann. Womöglich werden sie in manchen Bereichen sogar aufgestockt werden müssen. Neben maritimen Fähigkeiten mag dies auf Hubschrauber und unbemannte Systeme zutreffen.

9. Rüstung und Beschaffung europäisieren. Um die Beschaffung neu auszurichten, muss eine

bewusste Rüstungs(industrie-)politik auf europäischer Ebene betrieben werden, und zwar nicht nur, weil der Wettbewerb fehlt und die Stückkosten explodieren. Darüber hinaus stehen massive Veränderungen an. Märkte und Produktionsstätten werden nach Asien und Südamerika verlagert und Mitte 2011 wird die EU-Beschaffungsrichtlinie in Kraft treten, die die nationalen Rüstungsmärkte stärker für EU-Anbieter und damit für Wettbewerb öffnet.

All dies macht es umso dringender für die deutsche Rüstungspolitik, sich im internationalen Kontext grundlegend neu zu positionieren. Dazu wird Deutschland im EU-Kontext darlegen müssen, welche Rüstungsindustriellen Fähigkeiten es braucht und fördern möchte und welche es abzugeben bereit ist. Zudem wird man sich um eine weitere Konsolidierung der Nachfrage unter den EU-Staaten bemühen müssen.

10. Sparziel und Reformziel abstimmen. Sparen und Reformieren sind zwei widerstreitende Vorhaben. Wenn man sie unter einen Hut bringen will, muss man nicht nur akzeptieren, dass Veränderung Kosten verursacht und so dem Sparziel zunächst zuwiderläuft, sondern auch, dass Spareffekte durch Strukturreform Zeit brauchen.

Um Planungssicherheit und einen geordneten Neuanfang der Reform zu gewährleisten, sollte das Parlament einen zehnjährigen Haushalt beschließen. Er sollte die von der Reform verursachten Mehrkosten abdecken, aber auch den finanziellen Ausstiegspunkt aus der Reform markieren. Dieser Haushalt sollte in den ersten fünf Jahren zusätzliche Mittel enthalten, so für Personalanwerbung und -ablösung sowie für Vertragsstrafen, die anfallen können, wenn man aus unnötigen Rüstungsprojekten aussteigen will. In den zweiten fünf Jahren sollten diese Zusatzmittel entfallen. Zudem sollten Spareffekte in den Haushalt einbezogen werden, die aus der Reform und aus internationaler Kooperation (Pooling und Sharing) entstehen. Analog dazu sollte das Verteidigungsministerium die

Ausgaben für Personal, Investitionen und Materialerhalt nach der Reformphase so veranschlagen, dass Ausgabenschwankungen vermieden werden.

Fazit

Die Bundeswehr wird bald eine andere sein. Sie wird kleiner werden und eines Tages vielleicht auch billiger. Ob sie jedoch als angemessenes sicherheitspolitisches Mittel dienen kann, hängt von der Qualität der Veränderungen ab. Nicht nur das Verteidigungsministerium ist in der Pflicht, diese zu bestimmen. Sicherheit ist eine gesamtstaatliche Aufgabe.

Dr. Christian Mölling, Berlin

Dr. Christian Mölling ist Wissenschaftlicher Mitarbeiter der Forschungsgruppe: Sicherheitspolitik sowie Mitarbeiter in der AG Rüstung der Stiftung Wissenschaft & Politik (SWP), Berlin.

Der Beitrag gibt ausschließlich die persönliche Auffassung des Autors wieder.

Dieser Beitrag erschien erstmalig in: SWP-Aktuell 2011/A 20, April 2011.

www.swp-berlin.org

THEMEN

Energiesicherheit vernetzen

Das Energiekonzept der Bundesregierung sollte der „große Wurf“ der schwarz-gelben Bundesregierung werden: Einmalig in Deutschland und weltweit beispielhaft. Vor kaum einem halben Jahr waren die deutschen Atomkraftwerke noch sicher und eine Verlängerung der Laufzeiten von zehn bis 15 Jahren für Bundeskanzlerin Angela Merkel folglich vernünftig. Wie nachhaltig jedoch derartige Standpunkte sind, zeigen (spätestens) die gegenwärtigen – und dem Energiekonzept 2010 konträren – Reaktionen der Bundesregierung auf Extremereignisse wie „Fukushima“.

Im Eiltempo revolutioniert die Bundesregierung derzeit die deutsche Energiepolitik und stellt weitgehend in Frage, was sie im Herbst 2010 noch erklärt hat. Es sprechen zahlreiche Faktoren dafür, dass es in Zukunft in deutschen Wohnzimmern kalt werden

könnte, wenn die deutsche Energiepolitik Extremereignissen und geostrategischen Versorgungsaspekten nicht ganzheitlich und umfassend Rechnung trägt.

Deutsche Energiepolitik

Die konzeptionelle Grundlage der derzeitigen deutschen Energiepolitik bildet noch das „Energiekonzept 2050“ der Bundesregierung vom 28. September 2010. Eckpunkte sind der Ausbau des Anteils der Erneuerbaren Energien am Energieverbrauch auf 60 Prozent und des Anteils Erneuerbarer Energien an der Stromerzeugung auf 80 Prozent bis 2050, die Reduzierung des Treibhausgasausstoß – im Vergleich zu 1990 – um mindestens 80 Prozent bis 2050, die Verlängerung der Laufzeit der deutschen Atomkraftwerke um durchschnittlich zwölf Jahre und die Einführung der „Brennelementesteuer“. Diese soll dem Bundeshaushalt zwischen 2011 bis 2016 jährlich 2,3 Milliarden Euro einbringen.

Die Ereignisse in Fukushima haben eine neue Zeitrechnung eingeläutet: Im Eilverfahren stellt die Bundesregierung die deutsche Energiepolitik und ihr eigenes Energiekonzept, insbesondere aber die Verlängerung der Laufzeit der Atomenergie in Deutschland – vorher gegen hohen innenpolitischen Widerstand und Argumente der Unfallgefahren, Missbrauchsgefahren, Terrorismusgefahren sowie selbst der ungeklärten Frage der Endlagerung und als „Brücke ins Zeitalter der erneuerbaren Energien“ durchgesetzt – in Frage. Bis Mitte Juni will die Bundesregierung die Zukunft der Atomkraftwerke in Deutschland klären und Eckpunkte für einen beschleunigten Ausbau der erneuerbaren Energien festlegen. Grundlage dieser Beschlüsse zur Atomfrage – ein ggf. geändertes Atomgesetz mit neuen Laufzeiten – bilden die Ergebnisse der Ethik-Kommission für Atomenergie.

Und als wäre die beschleunigte Energiewende nicht anspruchsvoll genug, erhöht die Nicht-Berücksichtigung geostrategischer und sicherheitspolitischer Implikationen – wie z.B. die Enthaltung im Libyen-Krieg und Durchsetzung

von Sanktionen – den Druck auf die deutsche Energiewende zusätzlich. Libyen steht auf der Liste der Öllieferanten für die Bundesrepublik an fünfter Stelle. Mit Libyen und den anderen – z.T. derzeit ebenfalls instabilen – erdölreichen Staaten steht zugleich die Stabilität im Nahen und Mittleren Osten im Fokus globalen und deutschen Interesses. Hier hat sich Deutschland beherzt an der Seite Russland und Chinas der Solidarität der europäischen und atlantischen Partner entzogen. Dabei ist erstens Libyen mit 46,5 Mrd. Barrel an nachgewiesenen Reserven die größte afrikanische Erdölwirtschaft von der Deutschland ca. 12,8 Prozent des libyschen Erdöls abnimmt. Zweitens ist Libyen – mit schätzungsweise eineinhalb Millionen illegalen Einwanderern aus Schwarzafrika – am Rande Nordafrikas die Ausgangsbasis für Flüchtlinge nach Europa. Drittens sind die stark steigenden Energiepreise ein Indikator für die „Hyper-Nervosität“ auf den Energiemärkten. Insgesamt wird befürchtet, dass Libyen langfristig als Öllieferant ausfallen und die Unruhen auf Saudi Arabien – der weltweit zweitgrößte Erdölförderer – übergreifen könnten.

Ganz offensichtlich werden dynamische Entwicklungen, langfristige Risiken und (mögliche) Bedrohungen von der deutschen Energiepolitik nur marginal adressiert. Es mangelt, wie die unzusammenhängenden Reaktionen mit Blick auf die oben beschriebenen Entwicklungen darlegen, an einem ganzheitlichen und umfassenden Ansatz, der angesichts der Komplexität der deutschen Energiesicherheitsfragen jedoch unbedingt notwendig ist. Besonders die nicht vorhersehbare Dynamik in der Bedarfsentwicklung beeinflusst die künftige Förderentwicklung, was wiederum hinsichtlich energie- und geostrategischer Konsequenzen von höchster Relevanz für Deutschland ist. Deutschland ist herausgefordert, zur Gewährleistung der eigenen Energiesicherheit zur Stabilisierung dieser Region beizutragen. Diese Aufgabe ist durchaus anspruchsvoll, denn das Konfliktpotential der gegebenen geostrategischen Konstellation birgt die Gefahr des Einsatzes

auch militärischer Gewalt. Deutschland – auch wenn es politisch wollte – müsste aufgrund der laufenden Einsätze in Afghanistan, im Kosovo und in Bosnien, aber auch des durch die Politik herbeigeführten Zustandes der seit langem unterfinanzierten Streitkräfte tatenlos zusehen.

Die gegenwärtige deutsche Energiepolitik ist durch einen hohen Grad an Fragmentierung, punktueller Intervention, Addition uneinheitlicher und oftmals widersprüchlicher Einzelbestrebungen gekennzeichnet. Die immer diffiziler werdenden Kompetenzzu- und -verteilungen zwischen den verantwortlichen Ministerien deutscher Energiepolitik sowie die stetige Erhöhung der Transaktionskosten durch unkoordinierte Parallelarbeit in verschiedenen Ressorts haben in der Vergangenheit Schritt für Schritt dazu geführt und werden in Zukunft weiter dazu führen, dass die Vernetzung im Machtdreieck von Regierung, Partei und Wirtschaft – aufgrund struktureller Defizite – lediglich informell und damit unzureichend erfolgt. Dieser Umstand ist v.a. auf die fehlende Institutionalisierung des Politikfeldes und dessen zielgerichtete Vernetzung zurückzuführen.

In Ermangelung eigener staatlicher Energieunternehmen – zumindest auf der Bundesebene – beschränkt die Bundesregierung ihre Rolle in der Energiepolitik auf die Schaffung adäquater Rahmenbedingungen. Einen großen Teil der für die Energieversorgung Deutschlands relevanten Entscheidungen treffen die Unternehmen eigenständig. In der Praxis erweist sich bisher allerdings die unzureichende Orchestrierung deutscher Energiepolitik, d.h. die Schwäche, deren gesamtes Wirkpotential auszuschöpfen, als ihre Achillesferse. Ein (symptomatisches) Bemühen um Koordination der Zuständigkeiten zwischen den Ressorts mit Blick auf die sich jeweils stellenden Herausforderungen wird einer ganzheitlichen Aufgabenbewältigung vorgezogen.

Auch wenn es bisher weitgehend gelungen ist, mit diesen informellen Strukturen strukturelle Defizite

zu kompensieren, wird diese „reparierende“ Funktion informeller sicherheitspolitischer Vernetzung im Ringen um deutsche Energiesicherheit künftig zu kurz greifen. Dies zeigt sich besonders deutlich am dominant regulativen Charakter deutscher Energiepolitik, der durch die lediglich indirekte und prozedurale Steuerung (z.B. durch Anreize, Fördermaßnahmen, Definition der Wettbewerbsregeln etc.) das prinzipielle Gestaltungspotential deutscher Energiesicherheit nicht ausschöpft.

Staatliche Steuerung dieses Zuschnitts „entzaubert“ den Staat, da er auf die Herstellung und Manipulierung politikzielorientierter Randbedingungen und auf das Angebot von prozeduralen „Blaupausen“ beschränkt ist. Es kommt zu einer Deklassierung der Politikformulierung des Staates sowie zu einer Dezentralisierung des politischen Kontextes; besonders die Generierung politisch-sozialer Normen wird nicht mehr vornehmlich durch den Staat erbracht, sondern erfordert zunehmend einen politischen Beitrag anderer Akteure wie z.B. der Wirtschaft und der Gesellschaft.

Herausforderungen

Globale Megatrends, langfristige und übergreifende Transformationsprozesse, die die Staaten, Märkte und Gesellschaften der Zukunft prägen und verändern, stecken den politischen Handlungsrahmen ab, innerhalb dessen Deutschland seine Energiesicherheit zu gestalten hat. Vier dieser Megatrends weisen eine besondere Relevanz für die deutsche Energiesicherheit auf:

- Demographischer Wandel: Eine bis 2030 auf 9,1 Mrd. ansteigende Weltbevölkerung lässt einen zunächst rapiden Anstieg des Energiebedarfs und damit eine wachsende Konkurrenz um knapper werdender Ressourcen erwarten. Die IEA geht davon aus, dass die Förderung von konventionellem Rohöl und Erdgas der Nicht-OPEC-Länder in den nächsten zehn Jahren ihr Maximum erreichen wird. Im O-ECD- Raum werden bis 2030 insgesamt jedoch zwei Drittel

des Ölbedarfs aus Importen gedeckt werden.

- Ressourcennutzung und Umwelt/Klima: Der mit dem demographischen Wandel einhergehende rapide ansteigende Energiebedarf lässt auf eine verstärkte Nutzung von Energieressourcen, die Klima und Umwelt verändert, schließen.
- Technologischer Fortschritt: Der aus demographischem Wandel und steigendem Energiebedarf wachsende gesellschafts- und wirtschaftspolitische Druck lässt eine intensive Technologieforschung im Energiebereich, die Macht und Status von politischen und wirtschaftlichen Akteuren durch Fortschritte alternativer Energiequellen (insbesondere Erneuerbare Energie und Proliferation) verändern kann, vermuten.
- Terrorismus: Da die Bezugsquellen der Energierohstoffe Erdöl und -gas größtenteils in politisch instabilen Regionen (z.B. strategische Ellipse), die besonders mit Terrorismus, Kriminalität und Piraterie zu kämpfen haben, liegen, ist in Zukunft verstärkt mit einer Kombination von energie- und sicherheitspolitischer Herausforderungen zu rechnen. Das Thema der Instabilität Nordafrikas und des Nahen und Mittleren Ostens ist mit Blick auf eine erhöhte Sicherheitsvorsorge von der Politik bisher nicht einmal aufgenommen worden.
- Piraterie: Die im Zuge der Globalisierung die immer länger werdenden Transportwege sind wichtige Elemente der Wertschöpfungskette deutscher Energieversorgung. Zur Deckung des deutschen (und weltweiten) Energiebedarfs hat sich ein logistisches Netzwerk herausgebildet, das die Vorräte aus den großen Lagerstätten Asiens, des Mittleren Ostens und Afrikas zu seinen Konsumenten in Europa und anderswo in der Welt bringt. Die Gefährdungen und Störanfälligkeit dieses logistischen Netzwerks rückt gerade durch die Bedrohung von Piraterie stärker in den Blickpunkt.

Darüber hinaus sind „Wild Cards“, d.h. plötzlich zufällige und unerwartete Ereignisse zu betrachten, die prinzipiell nicht sehr wahrscheinlich sind, aber wenn sie auftreten, den Lauf der Welt verändern können. Zu diesen Wild Cards gehören gewaltige Naturkatastrophen wie z.B. ein Kometeneinschlag oder ein Tsunami der Dimension wie jüngst Japan mit den eintretenden Großschadenslagen, insbesondere den nuklearen Folgen in Fukushima, Terroranschläge wie 9/11, gesellschaftspolitische Veränderungen wie z.B. der Fall der Mauer. Wenn das Außergewöhnliche zur Regel wird, müssen Staaten über ausreichend Reaktionsfähigkeit und Flexibilität im Umgang mit Überraschungsmomenten im Energiesektor verfügen, da diese plötzlichen Trend- und Strukturentwicklungen massive Auswirkungen auf das energiepolitische Umfeld haben können.

Mit den Anforderungen des zunehmend dynamischeren und komplexeren Umfeldes des 21. Jahrhunderts steigt die Bedeutung gesamtstaatlichen bzw. -gesellschaftlichen Handelns. Das Konzept der Vernetzten Sicherheit ist der „wegweisende“ Ansatz deutscher und europäischer Sicherheitspolitik (Bundeskanzlerin Angela Merkel auf dem NATO-Gipfel in Kehl 2009): leistungsstark und zukunftsfähig. Vernetzte Sicherheit will ganzheitlich und vernetzt die Bereiche Innerer und Äußerer Sicherheit, Wirtschafts- und Strukturpolitik, Forschung und Klima, Umwelt und Gesellschaft gestalten. Dies würde verbesserte Chancen für die Umsetzung politischer und wirtschaftlicher Ziele eröffnen und zugleich die Verwundbarkeit Deutschlands gegenüber Risiken und möglichen Bedrohungen vermindern. Derart ausgerichtet würde sich Deutschland für die sicherheitspolitischen Herausforderungen der kommenden Jahr(zehnt)er gut aufstellen. Vernetzte Energiesicherheit erfordert entsprechend von allen für die deutsche Energiesicherheit verantwortlichen Akteuren insbesondere Fähigkeiten zum vernetzten Denken und wirkungsorientiertem Handeln.

Vernetzte Energiesicherheit

Da Energiesicherheit im 21. Jahrhundert ein komplexes Produkt zahlreicher, teilweise miteinander verknüpfter Faktoren ist, erfordert Energiesicherheit v.a. mehr Flexibilität und Anpassungsfähigkeit im Umgang mit den Herausforderungen des 21. Jahrhunderts. Diese Fähigkeiten sind entscheidend für eine effiziente und effektive Zusammenarbeit und erfordern

- kurzfristig ein wirksames Management der Versorgungssicherung einschließlich mittel- bis langfristiger Weichenstellungen,
- mittelfristig die Fähigkeit zum Ausräumen von Asymmetrien und Spannungen im internationalen Energiesystem und
- langfristig die Fähigkeit zur Gestaltung und Einflussnahme der Governance des internationalen Energiesystems.

Deutsche Energiesicherheitspolitik braucht ein effektive Krisenprävention, ein rasches Krisenmanagement und die nachhaltige Gestaltung der internationalen Energiesicherheitsarchitektur. Die Qualität deutscher Energiesicherheit in der Zukunft hängt maßgeblich von einer vorausschauenden Konzeption ab, die ordnungspolitische Weichen stellt und verlässliche sowie stabile Rahmenbedingungen für eine nachhaltige Energieversorgung Deutschlands schafft.

Vernetzte Sicherheit, d.h. der sicherheitspolitische Ansatz der Bundesregierung für die Gesamtpolitik, könnte die Grundlage für Vernetzte Energiesicherheit bilden. Der Ansatz der Vernetzten Energiesicherheit ist der Rahmen für ein ganzheitliches, gesamtstaatliches Handeln Deutschlands im Energiebereich. Dieser zielt auf die Veränderung der derzeitigen deutschen Energiesicherheitspolitik zugunsten eines effektiveren Zielzustandes deutscher Energiesicherheit. Das erfordert einen Übergang von der derzeit dichotomen Organisation zu vernetzter Kollaboration deutscher Energiesicherheit. Der Übergang wird durch die Restrukturierung von Finanzen, Personal und Ausbildung und die Überwindung der Dominanz ressortspezifischer Li-

nenorganisation zugunsten einer Vernetzungsorganisation herbeigeführt.

Vernetzte Energiesicherheit könnte eine ganzheitliche, systemische Planung und Nutzung aller verfügbaren nationalen Instrumente durch eine schnelle und kontinuierliche Lagefeststellung, eine zweckmäßige Synchronisierung von Instrumenten durch die politische Führung und die Konzentration auf eine integrierte Zielsetzung ermöglichen. So wird Deutschland in die Lage versetzt

- erstens zur zusammenhängenden und zielgerichteten Wirkungsentfaltung nationaler energie- und sicherheitspolitischer Instrumente,
- zweitens zum Erreichen einer deutlich verbesserten Entscheidungsqualität in diesem komplexen und dynamischen internationalisierten Prozess und
- drittens zum koordinierten und gemeinsamen Vorgehen in Krisenfällen.

Will Deutschland langfristig selbst Verantwortung für seine Energiesicherheit übernehmen und nicht nur anderen Akteuren in internationalen Energieprojekten folgen, benötigt es eine umfassende Vorgehensweise zur Sicherung seiner Energieversorgung, insbesondere:

1. eine Strategie, die die deutsche Energiesicherheit im sicherheitspolitischen Kontext begreift. Hinzu braucht Deutschland einerseits einen vernetzten Politikanalyseansatz, der gleichermaßen Krisenprävention, Krisenmanagement und die Fähigkeit zur Gestaltung der internationalen Energiearchitektur sowie andererseits die Fähigkeiten zur gemeinsamen Konzeptentwicklung, zum Wissensmanagement und zur Kollaboration;
2. ein Lagebild, das der gegebenen Komplexität und Dynamik entspricht, einen raschen Überblick ermöglicht und auf einem gemeinsamen Lageverständnis deutscher Energiesicherheit beruht;
3. Handlungsoptionen in Form eines Baukastens, mit dem die vorhandenen Instrumente deutscher

Energie- und Sicherheitspolitik nicht nur jedes für sich, sondern diese insgesamt vernetzt wirken können und die verstärkte Kollaboration und Koordination an energiepolitischen Schnittstellen begünstigen – zum einen der Resorts untereinander und zum anderen zwischen Staat und Wirtschaft;

4. Werkzeuge wie die Modellbildung und Simulation, die einerseits die Strategie optimieren und andererseits die Wirksamkeit und Effizienz der eingesetzten Instrumente überprüfen.

Da Energiesicherheit wie kaum ein anderer Bereich nicht nur von komplexen, miteinander verbundenen Herausforderungen unterschiedlicher Dimensionen – ökonomische, soziale, kulturelle, technologische, sicherheitspolitische – betroffen ist, sondern auch eine Vielzahl unterschiedlicher Akteure involviert, verlangt nationale Energiesicherheitspolitik nach Lösungen jenseits der zwanghaften Aufrechterhaltung der strikten Trennung von innen und außen, staatlich und privat sowie national und international. Deutschland muss seine Energiesicherheit vernetzen - anderenfalls sind die Aussichten kalt.

Dr. Caroline Mükusch, München

Dr. Caroline Mükusch ist Politikwissenschaftlerin und arbeitet als Unternehmensentwicklerin bei der IndustrieanlagenBetriebsgesellschaft mbH (IABG).

Der Beitrag gibt ausschließlich die persönliche Auffassung des Autors wieder.

THEMEN

Entwicklungspolitik als Erweiterte Kooperations- und Sicherheitspolitik

Die deutsche Entwicklungspolitik geht in ihr fünfzigstes Jahr. Bei Gründung des Bundesministeriums für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung im Jahre 1961 hat sich niemand die zwischenzeitliche sozio-ökonomische Dynamik und die Differenzierung einer ehemals vermeintlich relativ einheitlichen „Dritten Welt“ vorstellen können. Der Aufstieg der Schwellenländer vom Typus Taiwan, Südkorea oder Brasilien war ebenso unabsehbar wie die Herausbildung einer Gruppe stagnierender Armutsländer mit zerfallender Staatlichkeit („failed states“). Im Folgenden soll versucht werden, einen Blick in die Zukunft der Entwicklungsländer und auf die Perspektiven wirtschaftlicher Zusammenarbeit über einen Zeithorizont von zwei Dekaden bis zum Jahre 2030 zu werfen. Wie stellen wir uns das Umfeld der Entwicklungspolitik des Jahres 2030 vor? Mit Hilfe von sechs Szenarios und acht Politik-Optionen sollen mutmaßliche Bandbreiten künftiger Entwicklungslinien ausgelotet werden. Abschließend geht es um mögliche institutionelle Folgerungen sowie um Ansatzpunkte einer Einbettung der deutschen Entwicklungspolitik in eine Erweiterte Kooperations- und Sicherheitspolitik.

1. Szenarios deutscher Entwicklungszusammenarbeit

Szenario A heißt „Textbook Growth.“ Es benennt die unwahrscheinlichste Variante: eine flächendeckende erfolgreiche Entwicklung der Mehrheit der Entwicklungsländer nach Lehrbuchkonzepten. Walter Scheel, der erste Bundesminister für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung, intonierte das Lied „Hoch auf dem Gelben Wagen“ und damit den Optimismus der frühen Jahre. Der ist uns abhanden gekommen.

Szenario B heißt „Millennium Development Goals (MDGs) nicht erreicht.“ Die Selbstverpflichtung der UN-Mitgliedstaaten von 2000, weltweit bis 2015 acht zentrale, quantitativ überprüfbare Entwicklungsziele – im UN-Jargon Millennium Development Goals (MDG) – zu realisieren,¹ wird nicht flächendeckend realisiert.² Tatsächlich musste die UN-Vollversammlung im September 2010 feststellen, dass die bisherigen Ergebnisse weit hinter den Absichtserklärungen der Regierungen zurückgeblieben sind. Damit wachsen die Frustrationen. Zwar sind insbesondere auch in den bevölkerungsreichsten Ländern Indien und China mit Bevölkerungen von jeweils rd. anderthalb Milliarden neue Mittelklassen von jeweils rund dreihundert Millionen Menschen entstanden. Doch konnte die Massenarmut der untersten Einkommensschichten weithin nicht beseitigt werden.

Die daraus resultierende Legitimationskrise³ der Entwicklungszusammenarbeit (EZ) hält an: Trotz der über Jahre hinweg immer wieder proklamierten Armutsorientierung der deutschen EZ wächst in vielen Partnerländern die Armut.

Wir sollten deshalb auf eine massive, dann aber wahrscheinlich undifferenzierte Hinterfragung der EZ in der deutschen Innenpolitik

¹ MDG 1: Anteil der an extremer Armut und Hunger leidenden Weltbevölkerung halbieren. MDG 2: Grundschulbildung für alle. MDG 3: Gleichberechtigung der Geschlechter. MDG 4: Kindersterblichkeit. MDG 5: Müttergesundheit. MDG 6: HIV/AIDS, Malaria und andere Krankheiten, MDG 7: Ökologische Nachhaltigkeit. MDG 8: Weltweite Entwicklungspartnerschaft.

² So heißt es zusammenfassend in der Zeitschrift E + Z des Bundesministeriums für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung: „Leider drohen die Erfolge der ersten Jahre der Millenniumsziele zu erodieren. Die Auswirkungen der globalen Finanzkrise und – wichtiger noch – der Nahrungsmittelknappheit werden sich erst noch in vollem Maße zeigen. Immer mehr ODA-Gelder werden für Katastrophen verwendet, es herrscht Mangel an langfristigen Investitionen. Der weitgehend ungebremste Klimawandel wird die Dinge nur verschlimmern“, siehe Agnes Aboum, Wo wir stehen, in: E + Z, 51. Jg. (2010) 452-453.

³ Vgl. Wissenschaftlicher Beirat beim Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung, Neue Akzente in der deutschen Entwicklungszusammenarbeit während der nächsten Legislaturperiode in: Entwicklungspolitik, BMZ aktuell, Bonn, Februar (1995), S. 5.

vorbereitet sein, zumal andere Ressorts mit anderen Einsatzphilosophien und weit größeren finanziellen und personellen Ressourcen im angestammten Feld der EZ tätig werden. Dies gilt insbesondere für das Bundesministerium für Verteidigung. Beim Bundesministerium des Innern liegt die Zuständigkeit für das Technische Hilfswerk, das Deutsche Rote Kreuz und die Polizei-Missionen (so im Rahmen der Polizeiausbildung in Afghanistan); beim Auswärtigen Amt ressortiert die Humanitäre Hilfe.

Szenario C heißt „Klimawandel.“ Die Erreichung der auf den internationalen Klimakonferenzen beschworenen CO₂-Emissionsziele⁴ erscheint nicht gesichert. Kurzfristige ökonomische Wachstumsinteressen einer Reihe von Ländern erweisen sich bislang als stärker. Klimafolgen führen u.a. zu massiven Bedrohungen bisheriger Siedlungsgebiete: Überflutungen von Inselstaaten, Küstengebieten, Flussdeltas der großen Ströme. Sie bewirken andererseits Dürren, generellen Wassermangel und fortschreitende Desertifizierung.

Laut Weltbank dürften gegenwärtig 21 Länder mit einer Gesamtbevölkerung von 600 Millionen Menschen unter der Knappheit von Trink- und Bewässerungswasser leiden. Angesichts des anhaltenden Bevölkerungswachstums in den Armutsregionen werden um das Jahr 2025 36 Länder mit rund 1,4 Milliarden Menschen in diese Kategorie fallen⁵. Dies wird massive Migrationsströme auslösen, mit destabilisierenden Folgen in den Aufnahmeländern. Es könnte zu Verteilungskämpfen um knappe Überlebensressourcen kommen, vielfach missverstanden als „ethnische Konflikte.“⁶

⁴ World Bank, World Development Report 2010, Development and Climate Change, Washington, D.C (2010), S. 233 f.

⁵ National Intelligence Council (ed.), Global Trends 2025 - A Transformed World, New York (2008a), S. 51.

⁶ Vgl. Dieter Weiss, Migrationsbewegungen aus dem südlichen Mittelmeerraum und Subhara-Afrika in die Europäische Union, Diskussionspapiere am Fachgebiet Volkswirtschaft des Vorderen Orients, Nr. 107, hrsg. von Dieter Weiss und Steffen Wippel, Freie Universität Berlin, Berlin (2010) Nr. 107, S. 4 f.

Szenario D nennen wir „**Bewaffnete Verteilungskonflikte.**“ Die Bevölkerungen der meisten Entwicklungsländer wachsen weiter, wenn auch mit sinkenden Zuwachsraten.⁷ Dies angesichts endlicher Ressourcen in ihren angestammten Siedlungsgebieten, was zu Wanderungsbewegungen – auch grenzüberschreitenden – führen dürfte. Zuwandernde stoßen auf bisher Ansässige. Diese Konflikte werden immer wieder mit Waffengewalt ausgetragen. Dazu kommen traditionelle Nutzungskonflikte zwischen sesshaften Bauern und nomadisierenden Hirten. *Failed states* tragen dazu bei, dass staatliche Gewaltmonopole nicht mehr durchsetzbar sind bzw. „privatisiert“ werden, bis hin zur Übernahme von *failed states* durch den Terrorismus und die organisierte internationale Kriminalität.

Szenario E heißt „**Chaos.**“ Immer wieder kommt es zu einer wechselseitigen Eskalation mehrerer *worst cases*. Destabilisierungsprozesse werden oft nicht frühzeitig wahrgenommen und nicht immer in ihren ökonomischen, sozio-kulturellen und religiösen Ursachen verstanden. Dies kann zu gravierenden Fehleinschätzungen führen. Korrigierende Tendenzen sind am ehesten von Seiten der internationalen kritischen Öffentlichkeit zu erwarten. Doch findet eine umfassende öffentliche Diskussion üblicherweise nicht statt. In den Geberländern möchten Politiker negative Wählerreaktionen vermeiden. Damit wächst indessen die Wahrscheinlichkeit größerer Krisen.

Die Struktur internationaler Organisationen (UN, Weltbank, IMF, WTO etc.) gerät an die Grenzen ihrer Konflikt-Management-Kapazitäten. Der sie tragende internationale Grundkonsens und

⁷ In den 1960er Jahren lagen die Zuwachsraten vielfach noch bei 3 Prozent, was einer Verdopplung in ca. 25 Jahren entsprach; vgl. World Bank, World Development Report 1979, Washington, D.C. (2006), S. 158-159. In einigen süd- und südostasiatischen Schwellenländern sind sie bereits auf weniger als ein Prozent zurückgegangen; vgl. Deutsche Stiftung Weltbevölkerung, DSW Datenreport 2006, Soziale und demographische Daten zur Weltbevölkerung, Hannover (2006), S. 12. In China werden – als Folge der Ein-Kind-Politik – bereits die Probleme alternder Gesellschaften thematisiert.

das erforderliche wechselseitige Vertrauen drohen zu erodieren. „*The whole international system – as constructed following World War II – will be revolutionized. Not only will new players – Brazil, Russia, India and China – have a seat at the international high table, they will bring new stakes and rules of the game ... The potential for conflict will increase owing partly to political turbulence in parts of the Greater Middle East.*“⁸

Szenario F heißt „**Paradigmenwechsel.**“ Der ökonomische Aufstieg Ost- und Südostasiens hat Signalwirkung für die Herausbildung veränderter wirtschafts- und gesellschaftspolitischer Leitbilder, welche ökonomischen Erfolg und sozio-politische Stabilität versprechen und sich als Modell für andere Entwicklungsländer anbieten. Zugleich verlieren westlich geprägte Leitvorstellungen an Überzeugungskraft, nicht zuletzt angesichts der globalen Wirtschafts- und Finanzkrisen.

Militärische Interventionen ohne rasch nachfolgende Etablierung effizienter ziviler Institutionen haben dazu beigetragen, westliche Konzepte wie Parlamentarische Demokratie, Menschenrechte und Rechtsstaatlichkeit zu diskreditieren bzw. mit Hinweis auf den Vorrang der Terrorbekämpfung hintan zu stellen. Konzepte der europäischen Aufklärung wie diejenigen des unabhängigen Individuums, der Freiheit des Denkens und der Person, demokratisch legitimer Herrschaft und Rechtsstaatlichkeit werden von vielen Entwicklungsländern zurückgewiesen, zumal der Westen realpolitisch immer wieder gegen seine eigenen Prinzipien verstößt – so im jahrzehntelangen Umgang mit den autoritären Regimen Nordafrikas und den Ländern des Nahen und Mittleren Ostens.

So suchen in der islamischen Welt viele den „Rückhalt im Eigenen“

⁸ National Intelligence Council, Global Trends 2025, The National Intelligence Council's 2025 Project http://dni/nic/NIC_2025_project.html, Vgl. Global Trends 2025: A Transformed World, Government Printing Office, Washington, D.C.(2008b).

(Walther Braune)⁹ und Selbstvergewisserung der eigenen Identität durch Zurückweisung des „Westens.“¹⁰ China sieht sich angesichts seiner beherrschenden internationalen handels- und finanzpolitischen Position als Gewinner im Systemvergleich. Sozialer Konsens, autoritäre Lenkung und Disziplin im Kollektiv, gegründet auf konfuzianische Leistungsethik, haben Vorrang vor individueller Selbstverwirklichung, freien Märkten und demokratischen Willensbildungsprozessen: *„Herausstehende Nägel müssen eingeschlagen werden.“*

Klimafolgeschäden verdeutlichen, dass der heutige westliche Lebensstil und der mit ihm verbundene Ressourcenverbrauch auf ökologische Grenzen stößt und nicht auf die Drittweltstaaten übertragbar ist. Die Produktions- und Konsummuster in den Ländern des Nordens bedürfen einer Umgestaltung.

Dies schließt eine grundlegende Änderung elementarer westlicher Konzepte von Weltverständnis und Weltgestaltung einschließlich ihrer religiösen Fundierungen ein.¹¹ Nichts weniger als ein fundamentaler Paradigmenwechsel im kollektiven Bewusstsein erscheint notwendig.¹² Solche konzeptionellen Strömungen werden zunehmen. Unsere Entwicklungspolitik wird mit ihnen rechnen müssen.

⁹ Walther Braune, *Der islamische Orient zwischen Vergangenheit und Zukunft*, Bern (1960), S. 164 f.

¹⁰ Dieter Weiss, *Islamistische Bewegungen im Nahen Osten und Nordafrika, Reaktionen der deutschen Entwicklungspolitik*, Diskussionspapiere am Fachgebiet Volkswirtschaft des Vorderen Orients, Nr. 61, hrsg. von Dieter Weiss und Steffen Wippel, Berlin (1998).

¹¹ Vgl. Hans Küng, *Der Islam – Geschichte, Gegenwart, Zukunft*, München (2004), S. 19 f. Dieter Weiss, *Kultur und Entwicklung*, in: Reinold E. Thiel (Hrsg.), *Neue Ansätze zur Entwicklungstheorie*, Deutsche Stiftung für Internationale Entwicklung, Bonn (1999), S. 367 f. Vgl. *World Development Report 2010*, Washington, D.C. (2010), S. 321: „Values, norms and organizational arrangements can make policy change hard. Experiences frame current and future action... Patterns of individual and organizational behaviour die hard even in the face of new challenges. And political traditions constrain policy changes.“

¹² Dieter Weiss, *Ethik in der entwicklungspolitischen Praxis*, in: Frank Bliss, Michael Schönhuth, Petra Zucker (Hrsg.), *Welche Ethik braucht die Entwicklungszusammenarbeit?* Bonn (2002), S. 65-71.

2. Tentative deutsche entwicklungspolitische Optionen

Wie könnte die deutsche Entwicklungszusammenarbeit auf solche künftigen alternativen Umfeldern reagieren bzw. proagieren? Im Folgenden sollen einige Eckpunkte denkbarer Policy-Optionen umrissen werden. Sie versuchen, den Möglichkeitsraum der deutschen Entwicklungspolitik über den Zeithorizont bis 2030 auszuloten. Lineare Trendfortschreibungen wären der Problematik ebenso wenig angemessen wie Versuche einer punktgenau fokussierten Prognose. Die Entwicklungszusammenarbeit sollte sich eher auf zunehmende Turbulenzen und radikal neue Herausforderungen einstellen.

Option I nennen wir **“Business as Usual.”** Sie spiegelt das Beharrungsvermögen und die *vested interests* eines jeden Institutionengefüges wider. Der Weltentwicklungsbericht 2010 „Development and Climate Change“ geht realistisch von solchen Verhaltensweisen aus: *„Policy has to overcome institutional inertia. Institutions tend to be sticky – once in place and accepted, they can limit policy change and future choices.“*¹³ Veränderungen sind üblicherweise nur in marginalem Ausmaß und unter erheblichem unmittelbarem Druck realisierbar. Die wiederholten Reorganisationsversuche in der deutschen Entwicklungspolitik in der Vergangenheit bieten dazu anschauliches Erfahrungsmaterial. Unter normalen Umständen wäre **Business as Usual** die vorherrschende, reflexartige Reaktion. In einem Umfeld dramatischer Umbrüche stellt diese Strategie indessen keine tragfähige Option mehr dar.

Dies gilt weitgehend auch für **Option II: “Mehr vom Gleichen.”** Sie versucht, am bislang relativ Bewährten festzuhalten und erkannte Schwachstellen durch „Wachstum“ zu überdecken. Die Rhetorik des 0,7%-Ziels¹⁴ dürften wir beibehalten, indessen ohne entschlossene Schritte zu seiner

¹³ World Bank 2010 (Anm. 4), S. 321.

¹⁴ Ziel der Bereitstellung von 0,7 Prozent des Bruttoinlandsprodukts der westlichen Geberländer für Entwicklungshilfe.

Realisierung.¹⁵ Die Umbrüche des EZ-Umfeldes dürften Option II jedoch ebenfalls zunehmend wirkungslos werden lassen. Mengewachstum jeder Art läuft gegen Beschränkungen: Personal, Budgets, Rohstoffe, Wasser, Energie sowie Zustimmung in der politischen Öffentlichkeit der Geber. Wechselseitiges Vertrauen und ein Basiskonsens über tragende – insbesondere „westliche“ – Werte und universelle Menschenrechte waren Grundpfeiler des Aufbaus der UN-Organisationen nach dem Zweiten Weltkrieg. Inzwischen sind sie zu knappen „Öffentlichen Gütern“ geworden, ohne die die bisherigen Bewältigungsstrategien nicht mehr tragfähig erscheinen.

„Mehr vom Gleichen“ sieht sich mit langfristig prekären weltweiten Versorgungsempässen konfrontiert. Es geht um die Knappheit von Wasser, Nahrung, Energie, Metallen und Seltenen Erden¹⁶. So entfallen 97 Prozent der Weltfördermenge Seltener Erden auf China, welches deren Ausfuhr kontingentiert und Exportgenehmigungen von Fall zu Fall – wie 2010 gegen Japan – als außenpolitisches Druckmittel einsetzt. Tantal befindet sich in jedem Mobiltelefon; rund 40 Prozent stammen aus Afrika, von allem aus der DR Kongo.

Auch sehen wir weltweit Versuche einer Absicherung der langfristigen Versorgung mit Agrarprodukten. Insbesondere in Afrika kommt es zu umfangreichen Landkäufen und Landpachtverträgen, Spekulationen mit Nahrungsmitteln und Bio-Treibstoffen. In einigen afrikanischen Staaten erfolgte die Ansiedlung von Zehntausenden chinesischer Landarbeiter. Insgesamt wird die Zahl der chinesischen Arbeitskräfte in Afrika im Bereich der Rohstoffgewinnung und der einschlägigen Infrastruktur auf rd. eine Million geschätzt. Das robuste

¹⁵ Eine substantielle Erhöhung der Mittel ist eher in neuen Politikbereichen wie der Umweltpolitik zu erwarten, weil hier auch leichter innenpolitische Zustimmung in den Geberländern mobilisierbar erscheint.

¹⁶ Seltene Erden (17 Metalle) werden in kleinen Mengen verwendet und sind bislang unverzichtbar für die Herstellung von Computern, DVD-Spielen, Akkus, Hybridautos, Halbleitern, Windturbinen und Smartphones.

chinesische Vorgehen löst zunehmend europäische Irritationen aus, hat aber bisher keine überzeugenden Antworten gefunden.¹⁷ Es wäre naiv, auf die Regeln und Automatismen „freier und fairer Märkte“ zu setzen.

Wir führen deshalb die **Option III „Rohstoffsicherungspolitik“** ein. Die Problematik gerät zunehmend in den Blick der betroffenen Unternehmen und der Regierungen. Als Teil des Finanzreformgesetzes verabschiedete der US-Kongress im Sommer 2010 eine Transparenzverpflichtung für den Handel mit metallischen und Energie-Rohstoffen. Das Gesetz verlangt die Dokumentation der Handelsketten von Coltan, Zinnerz, Gold und Wolframit sowie von anderen Metallen, die zur Finanzierung von Konflikten beitragen („kein Blut am Handy“) – und ihren Ursprung in der DR Kongo oder einem seiner Nachbarländer haben (Angola, Burundi, Republik Kongo, Ruanda, Sambia, Sudan, Tansania, Zentralafrikanische Republik).¹⁸ In Deutschland entsteht ein nationales Rohstoffzentrum an der Bergakademie Freiberg zur Bündelung einschlägiger Aktivitäten auf dem Gebiet der Exploration neuer Vorkommen und der Entwicklung neuer Werkstoffe.

Option IV heißt „Armutskämpfung.“ Die Halbierung des Anteils der an extremer Armut und Hunger leidenden Weltbevölkerung ist in MDG 1 festgeschrieben, aber nicht erreicht worden. Statt einer *eradication of poverty* wuchs die Kluft zwischen arm und reich. Von einer generellen Halbierung der Armut in den Entwicklungsländern bis 2015, wie es 2000 als Millennium Development Goal (MDG) 1 proklamiert wurde, kann keine Rede sein. Dies führt zu einem Legitimitätsdefizit der deutschen Entwicklungszusammenarbeit, die sich mit uneinlösli-

chen Ansprüchen überfrachtet sieht. Das Legitimitätsproblem nimmt in dem Maße zu, in dem beispielsweise Kinderarmut in Deutschland selbst in das Blickfeld einer irritierten deutschen Öffentlichkeit rückt.

Option V lautet „Abwehr von Pandemien.“ Die Rückkehr alter Seuchen in Verknüpfung mit der Resistenz gegen bisher erfolgreiche Bekämpfungsmittel sowie das Auftreten neuer Krankheiten ist bislang kaum im Bewusstsein der Bevölkerungen des Nordens angekommen. Die Erderwärmung hat bereits zu einem Vordringen von subtropischen Insektenpopulationen in bislang gemäßigte Klimazonen geführt, die teilweise Träger bzw. Zwischenwirte neuer Krankheitserreger sind. Diese Problematik ist außerhalb des professionellen Gesundheitssektors kaum in der Öffentlichkeit des Nordens wahrgenommen worden. Generell hat die Seuchenproblematik bislang keine Priorität im Bereich der Pharma-Forschung. Eine medizinische Risikoabschätzung und die Entwicklung gesundheitspolitischer Abwehrstrategien sowie ihre institutionelle Einbettung in die künftigen Strukturen der Entwicklungszusammenarbeit stehen noch aus.

Option VI lautet „Migrationspolitik.“ Klimafolgeschäden, Übernutzung natürlicher Ressourcen, Degradation der landwirtschaftlichen Nutzflächen, anhaltendes Bevölkerungswachstum, sinkende Einkommen und bewaffnete Konflikte führen zur Aufgabe bisheriger Siedlungsgebiete. Wir müssen uns auf Binnenwanderungen und grenzüberschreitende Bevölkerungsbewegungen erheblicher Größenordnungen einstellen. Millionen Migrationswilliger erhoffen sich bessere Lebensbedingungen insbesondere in den Ländern des Nordens.

Grenzpolizeiliche Abwehrmaßnahmen an den Außengrenzen der EU erweisen sich als nur bedingt wirksam. Die Größenordnungen Zuwanderungswilliger insbesondere aus Afrika sind bislang kaum im Bewusstsein der mitteleuropäischen Öffentlichkeit angekommen. Es überwiegt die

punktueller ad-hoc-Mobilisierung von Aufmerksamkeit von Fall zu Fall wie anlässlich humanitärer Katastrophen bei anlandenden, abgedrängten oder havarierten Flüchtlingsbooten oder bei spektakulären Familienabschiebungen. Andererseits wird Zuwanderung gerade auch in Deutschland inzwischen als demographisch und arbeitsmarktpolitisch unerlässlich betrachtet.¹⁹ Man wünscht Hochqualifizierte,²⁰ bislang aber mit begrenztem Erfolg. Konsistente Politiken stehen aus.

Option VII lautet „Technologische Kompetenz.“ Deutschland wird weltweit als ein Land mit hoher technologischer Kompetenz wahrgenommen. In der deutschen Exportstatistik dominieren technisch ausgereifte Produkte (Automobile, Werkzeugmaschinen, Anlagenbau, Chemie). Eine Reihe von Schwellenländern sind indes dabei, sich diese Technologien zügig anzueignen. Um die deutsche Spitzenposition zu halten, bedarf es hoher Bildungs- und Forschungsinvestitionen in Zukunftstechnologien (u.a. Nano-, Bio- und Medizintechnik, Informationstechnologien, Umwelt- und Ressourcenschutz, saubere Energie). Zugleich eröffnet sich hier ein zentrales Feld für die Erweiterung der F&E-Kooperation mit Entwicklungsländern in anwendungsrelevanten Feldern, beispielsweise beim Aufbau von solchen F&E-Kapazitäten an arabischen Hochschulen im Bereich des Wassermanagements.²¹ Der emotionale *goodwill*, als Partner in gemeinsamer Spitzenforschung ernst genommen zu werden, kann gar nicht hoch genug eingeschätzt werden.²² Zudem können konven-

¹⁷ Vgl. Philipp Missfelder MdB, Eine Frage der Außenpolitik, Wie Deutschland und Europa ihre Versorgung mit Rohstoffen sichern, in: Internationale Politik, Nr. 6, 65 (2010), S. 103: f.
¹⁸ Gitta Lauster, Stormy-Annika Mildner, Wiebke Wodni, Transparenz im Rohstoffhandel, in: Stiftung Wissenschaft und Politik, SWP-Aktuell, Nr. 76, November (2010.), S.1-2. Im Jahre 2007 hatte Deutschland das Thema schon einmal auf die Agenda der G8 gesetzt; vgl. e-benda, S. 4.

¹⁹ Weiss 2010 (Anm. 6), S. 2 f.

²⁰ Weiss 2010 (Anm. 6), S. 12-13.

²¹ Burghard Claus, Wolfgang Küper, Dieter Weiss unter Mitarbeit von Florian Peil, Schwerpunktanalyse Bildungszusammenarbeit in der Region Nahost / Nordafrika, Gutachten im Auftrag des Bundesministeriums für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung, Berlin, Frankfurt am Main (2006), S.70 f.

²² Dieter Weiss, Zur Verstärkung der wissenschaftlichen Kooperation mit Entwicklungsländern – Stützung innovativer Eliten, Nachkontakte, Gemeinsame Forschungsprojekte, Auffangpositionen in Phasen politischer Unruhen, Interkulturelle Dialogforen, Eine Rolle für EU-Partnerschaftshochschulen, Diskussionspapiere am Fachgebiet Volkswirtschaft des Vorderen Orients, Nr. 80, hrsg. von Dieter Weiss

tionelle Techniken auch von fortgeschrittenen Entwicklungsländern, die in Teilbereichen inzwischen selbst Geberländer geworden sind, transferiert werden, und dies zu weit niedrigeren Kosten als denjenigen deutscher Durchführungsorganisationen.

Option VIII heißt „**Inseln der Effizienz**“. Im Zuge der weiteren Differenzierung der Entwicklungsländer stellt sich die Frage, wie die deutsche Entwicklungszusammenarbeit in weniger erfolgreichen EL angesichts sozio-ökonomischer Stagnation, ökologischer Degradation und politischer Krisenphänomene agieren soll. Vorstellbar wäre eine Fokussierung auf übersehbare „Leuchtturm“-Vorhaben²³, welche beispielhaft Effizienz vorführen, ohne mit dem Anspruch überfrachtet zu werden, flächendeckend „Entwicklung“ zu bewirken. Denkbar wären Forschungs- und Entwicklungs-(F&E)-Zentren mit erkennbar wichtigen und plausiblen Aufgabenfeldern, z.B. Pandemienbekämpfung, Ressourcen- und Umweltschutz, Wartung einer lokalen Fluglinie, Etablierung eines zentralen Rechnungshofes, Aufbau eines Management-Training-Instituts oder eines Gründer- (*incubator*)-Zentrums.

Es geht um die Demonstration des Möglichen auch in einem zeitweise schwierigen Umfeld, einschließlich der Ermutigung und Stützung des kreativen, innovativen Potentials unserer jeweiligen Partner (insbesondere ehemaliger Absolventen deutscher Aus- und Fortbildungsstätten, Teilnehmer an gemeinsamen Forschungsprogrammen und Hochschulkooperationen). Dies wären deutlich sichtbare und Mut machende Symbole zukunftsorientierter Kooperationsansätze.

Einbettung der EZ in eine Erweiterte Kooperations- und Sicherheitspolitik

und Steffen Wippel, Freie Universität Berlin, Berlin (2000).

²³ BMZ Spezial, Ankerländer – Partner für globale Entwicklung, Ein Positionspapier des BMZ, Bonn, Dezember 2004, S. 3 f. Jörg Faust, Dirk Messner, „Ankerländer“ als außenpolitische Herausforderung, in: Aus Politik und Zeitgeschichte Nr. 43, (2008), S. 28-34.

Konzeptionelle Herausforderungen

Die EZ hat es in den nächsten Dekaden mit Risiken zu tun, die in den frühen Jahrzehnten unvorstellbar waren. Es geht um bewaffnete ökonomische Verteilungskämpfe, um Wasser-Ressourcen, um Konflikte über den Zugang zu strategischen Rohstoffen, um Klimakrisen, Umweltkatastrophen, um *failed states*, Pandemien und Terrorismus, um Drogenökonomien, irreguläre Migrationsströme, um die Verbreitung von ABC-Waffen, Cyber-Angriffe etc.

Aus der spezifisch entwicklungspolitischen Sicht geht es um die Herausbildung einer Erweiterten Europäischen Kooperations- und Sicherheitspolitik, basierend auf einem Erweiterten Sicherheitsbegriff jenseits des konventionellen militärischen Sicherheitskonzepts (sog. *hard security*) – ein Sicherheitsbegriff also, welcher die Komponenten der sog. *soft security* (irreguläre Migrationsströme, Drogenhandel etc.) einbezieht.²⁴

Angesichts der Sicherheitsrisiken, die für die EU insbesondere von ihrer süd- und südöstlichen Peripherie bezüglich der *soft security* ausgehen, bedarf es eines Überdenkens von kooperationspolitischen Zielen, Ressourcen und institutionellen Umsetzungskapazitäten.

Unterhalb der Schwelle militärischer peace keeping – bzw. *peace enforcing* – Aktivitäten stellt sich die Frage der Aufspannung eines ökonomischen Sicherheitschirms. Dies gilt u.a. für die potentiellen Verlierer künftiger Friedens- und Stabilisierungsprozesse in derzeitigen Spannungsgebieten (Westsahara, Nahost, Sudan,

²⁴ Vgl. zum „Erweiterten Sicherheitsbegriff“: Dieter Weiss, Sicherheitspolitische Aspekte des sozio-politischen Wandels im Nahen und Mittleren Osten – Sieben Thesen, in: Sicherheit + Stabilität, Bundesakademie für Sicherheitspolitik, Nr. 2 (2005), S. 55 f. Ders., Annäherungen der Entwicklungspolitik an eine Erweiterte Sicherheitspolitik, in: Hans-Rimbert Hemmer (Hrsg.), Zur Wirksamkeitsdebatte in der Entwicklungszusammenarbeit (EZ), 10. Entwicklungspolitisches Seminar vom 17. - 20. Januar 2007 in Erfurt, Verein für Entwicklungswirtschaftliche Forschungsförderung (EFF) e.V. unter Mitwirkung der KfW Entwicklungsbank, Frankfurt am Main (2007), S. 39-44.

Zentralasien, Horn von Afrika, Côte d'Ivoire, Südsudan).

Denn Friedenslösungen führen zu Umverteilungsprozessen zwischen wiederauflebenden wirtschaftlichen Zentren einerseits und ökonomisch zurückbleibenden Peripherien andererseits. Letztere sollten für das Niederlegen der Waffen und die übliche Benachteiligung bei der dann folgenden (Um-)Verteilung ökonomischer Ressourcen kompensiert werden. Auch stellen sich Fragen nach den Vor- und Nachteilen unterschiedlicher Eingriffstiefen (Konditionalität vs. Souveränität) seitens der EZ.

Klärung von Zielen, Mitteln, Beschränkungen und Zeithorizonten

Präzisierung von Zielen bedeutet Offenlegung von Konflikten. Die Folgen unklarer Politiken auf der Grundlage undeutlicher Ziele und mit unzureichendem Mitteleinsatz traten typischerweise bei unserem Engagement in Afghanistan zutage.²⁵ Die Projektplanungs- und Evaluierungsverfahren, die unsere EZ-Institutionen über mehrere Dekaden für ganz andere Umwelten entwickelt hatten, um Effizienzsteigerungen zu bewirken, erwiesen sich wegen des hohen Zeitaufwandes partiell als kontraproduktiv, wenn nach militärischen Operationen rasch sichtbare zivile Projekte und Programme gefragt waren.

Denkbare Folgerungen für die Zukunftsfähigkeit der deutschen EZ-Institutionen

Welche Folgerungen für die Zukunftsfähigkeit der deutschen EZ-Institutionen zeichnen sich ab?

Potential schaffen

Die deutsche EZ sollte auf die Möglichkeit radikaler Veränderungen des EL-Umfeldes vorbereitet sein. Wenn denkbare Zukünfte im Einzelnen nicht prognostizierbar erscheinen, geht es darum, Potential zu schaffen: Potential verstanden als die Fähigkeit, auf schwer voraussagbare Zukünfte aus einer

²⁵ Dieter Weiss, Deutschland am Hindukusch, in: Aus Politik und Zeitgeschichte, Beilage zur Wochenzeitung Das Parlament, Nr.43 (2008), S. 10-14.

Position relativer Stärke agieren zu können. Dazu gehört ein Wahrnehmungsraster, ein „Antennensystem“, das differenziert und sensibel genug ist, um kritische Veränderungen frühzeitig zu erkennen. Im alten China galt die frühzeitige Wahrnehmung des Wandels als höchste Stufe der Weisheit.

Resilienz stärken

Als weitere Einsicht drängt es sich auf, Resilienz zu stärken. Resilienz gibt an, wie viele Stöße und wie starke Störungen ein System absorbieren kann, bevor es so grundlegend beschädigt ist, dass es nicht mehr in seinen früheren Zustand zurückkehren kann.²⁶ In Zeiten großer Umbrüche wird Resilienz zu einem essentiellen Überlebensfaktor. Dies gilt für Energieversorgungsnetze wie für internationale Finanzsysteme oder für Regierungsorganisationen in *falling states*. In der belebten Natur lässt sich Resilienz typischerweise in Immunsystemen beobachten.²⁷

Ein Abklingen externer Schocks im globalen Umfeld der EZ ist während der nächsten ein bis zwei Dekaden nicht in Sicht, zumal wir es offenbar zugleich mit tektonischen weltpolitischen Machtverschiebungen zu tun haben. Der amerikanische National Intelligence Council stellt fest: *„The international system – as constructed following the Second World War – will be almost unrecognizable by 2025 owing to the rise of emerging powers, a globalizing economy, an historic transfer of relative wealth and economic power from West to East, and the growing influence of nonstate actors. By 2025, the international system will be a global multipolar one... Concurrent with the shift in power among nation-states, the relative power of various nonstate actors – including businesses, tribes, religious organizations, and*

criminal networks – is increasing... Aging populations in the developed world; growing energy, food, and water constraints; and worries about climate change will limit and diminish what will still be an historically unprecedented age of prosperity... however, the next 20 years of transition to a new system are fraught with risks. Strategic rivalries are most likely to evolve around trade, investments, and technological innovation and acquisition, but we cannot rule out a 19th century-like scenario of arms races, territorial expansion and military rivalries.“²⁸

Eine gezielte Abwehr vor Eintritt der Schadensereignisse wird vielfach nicht möglich sein. Wir sollten mental darauf vorbereitet sein, dass die Störfälle unerwartet eintreten. Die Gefährdung wächst mit der Spezialisierung, der Arbeitsteilung und der Vernetzung. *„Wir sind derzeit nicht annähernd so resilient, wie wir sein müssten.“²⁹*

Ein wichtiger Aspekt der Resilienzproblematik ist die Adaptationsfähigkeit. Komplexe adaptive Systeme funktionieren wie das menschliche Immunsystem: Sie reagieren nicht nur, sondern sie lernen, verändern sich und stärken damit auch ihre Resilienz.³⁰ Dies erfordert Flexibilität, Beweglichkeit, und die Offenheit für unterschiedliche Optionen. Kleinere Störungen stimulieren diese Anpassungsfähigkeit und sollten nicht unbedingt bekämpft, sondern zugelassen werden.

Offenheit für Bewusstseinswandel

Die sich abzeichnenden Veränderungen des globalen Umfeldes reichen von elementaren Paradigmenwechseln über neue naturwissenschaftliche Durchbrüche bis zum Ausgreifen in den Weltraum – vergleichbar mit der Entdeckung der Perspektive, des kopernikanischen Weltbildes und der Eroberung der Ozeane zu Zeiten der Renaissance.³¹

Die damaligen Bewusstseinsveränderungen spiegeln sich in Kunst

und Literatur. Heute sehen wir uns konfrontiert mit dem Klimawandel und den Verschiebungen in der weltpolitischen Machtbalance, u.a. mit einer neuen Rolle Chinas, Indiens, Brasiliens und anderer Schwellenländer.

Für Deutschland und die EU gilt es, frühzeitig eine tragfähige Position in dieser neuen geopolitischen Konstellation zu besetzen. Das Angebot Europas zu Beginn des 21. Jahrhunderts besteht nicht nur in seiner hohen ökonomisch-technologischen Kompetenz, sondern auch in seinen zivilgesellschaftlichen Experimentierräumen als Wertegemeinschaft, die auf der Achtung von Menschenrechten und rechtsstaatlichen Institutionen beruht. Kreativität und Innovationsfähigkeit sind keine ohne weiteres käufliche oder imitierbare *commodity*. Sie basieren vielmehr auf ihren geistigen Quellen: der europäischen Idee der Freiheit des Denkens und der Person.

Prof. em. Dr. Dieter Weiss,
Berlin

Prof. em. Dr. Dieter Weiss ist emeritierter Professor des Lehrstuhls für Wirtschaft des Vorderen Orients an der Freien Universität Berlin. Der Beitrag gibt ausschließlich die persönliche Auffassung des Autors wieder. Dieser Beitrag wurde erstmalig vom Institut für Strategie-, Politik-, Sicherheits- und Wirtschaftsberatung (ISPSW), Berlin publiziert. www.ispsw.de

IMPRESSUM

Denkwürdigkeiten

Journal der
Politisch-Militärischen
Gesellschaft e.V.

Herausgeber
Der Vorstand der pmg

Redaktion
Ralph Thiele (V.i.S.d.P.)
Tel.: +49 (221) 8875920
E-Mail: info@pmg-ev.com
Webseite: www.pmg-ev.com

Die **Denkwürdigkeiten** erscheinen mehrfach jährlich nach den Veranstaltungen der pmg.



²⁶ Joshua Cooper Ramo, *Das Zeitalter des Undenkbaren*, München (2009), S. 197. Vgl. Per Bak, *How Nature Works, The Science of Self-Organized Criticality*, New York (1999), S. 31 f.
²⁷ S.C. Holling, *Resilience and Stability of Ecological Systems*, in: *Annual Review in Ecology and Systematics*, Nr. 4, 1973, S. 1-23. S.
²⁸ Holling, *Understanding the Complexity of Economic, Ecological, and Social Systems*, in: *Ecosystems* Nr. 4, 2001, S. 390-405.

²⁸ National Intelligence Council (2008a), S.vi.

²⁹ Ramo (2009), S. 198.

³⁰ Ramo (2009), S. 203.

³¹ Richard Tarnas, *The Passion of the Western Mind*, New York (1991), S. 223 f.